

Schriftliche Frage Nr. 149 vom 5. Dezember 2016 von Herrn Balter an Herrn Ministerpräsident Paasch bezüglich der Bestellung eines politischen Koordinators ¹

Frage

In der Regierungsmitteilung zur Strategie zur Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus in der Deutschsprachigen Gemeinschaft war nachzulesen, dass die Regierung am 19.11.2015 beschlossen hatte, einen politischen Koordinator zur Vorbeugung von gewaltsamen Radikalismus in der DG zu bestellen. Dieser soll für die Umsetzung der Strategie verantwortlich sein, die verschiedenen Akteure auf politischer Ebene unterstützen, die Regierung in sicherheitsbezogenen Gremien der föderalen Ebene (z.B. Plattform „Radikalismus“, nationale Taskforce „Plan R“) vertreten und zwischen den relevanten Sicherheitsbehörden und der Regierung im Falle von Krisensituationen vermitteln.

(siehe Punkt 4.1 der Regierungsmitteilung, S.11+12 des Dok.135 (2015-2016) Nr.1)

Hierzu meine Fragen an Sie:

- Wann gab es oder wann wird es für diesen Posten eine Stellenausschreibung geben?
- Was sind die Anforderungen an die Bewerber und wie wird das Auswahlverfahren aussehen?
- Welche zusätzlichen Kosten sieht die Regierung im Zusammenhang mit dieser Stelle vor?

Antwort

Auf die Fragen des ehrenwerten Mitglieds antworte ich wie folgt:

- 1) Für den politischen Koordinator für die Vorbeugung von gewaltsamen Radikalismus musste keine Stellenausschreibung vorgenommen werden. Es wurde keine Person zusätzlich eingestellt. Mit dieser Aufgabe wurde am 19. November 2015 mein Mitarbeiter Herr Daniel Hilligsmann, Berater in meinem Kabinett, betraut.
- 2) Erübrigt sich aufgrund der Antwort auf die erste Frage.
- 3) Die Regierung sieht im Zusammenhang mit dieser Bestellung keinerlei Zusatzkosten vor, da Herr Hilligsmann diesen Auftrag im Rahmen seiner Beraterfunktion in meinem Kabinett ausübt.

N.B.: durch eine aufmerksame Lektüre des PDG-Dokumentes 3 (2016-2017) Nr. 3, vom 13. Oktober 2016 bezüglich der Zusammensetzung der Kanzlei und der Kabinette des Ministerpräsidenten O. PAASCH und der Ministerin und Minister I. WEYKMANS, A.ANTONIADIS und H. MOLLERS, hier Seite 2 von 9, hätte sich diese Fragestellung ggf. erübrigt.

¹ Die nachfolgend veröffentlichten Texte entsprechen den hinterlegten Originalfassungen.